



Handwerk

Aiwanger: "Die Meisteraus- und Fortbildung muss genauso kostenfrei werden wie ein Hochschulstudium."

21. Dezember 2022

NÜRNBERG Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger setzt sich für eine kostenlose Fortbildung zum Meister sowie gleichgelagerte Fortbildungen ein. Aiwanger: "Der Bund muss dafür sorgen, dass eine Meister-Fortbildung genauso kostenlos wird wie ein Hochschulstudium. Unseren Betrieben fällt es zunehmend schwer, dringend benötigte Fachkräfte zu finden. Das ist im Handwerk nicht anders als in der Industrie und in den Dienstleistungsbetrieben. Deshalb müssen wir ein klares Signal für die berufliche Bildung setzen und vor allem den Weg zum Meister und zu gleichgestellten Fortbildungen attraktiver machen. Keiner, der sich zum Meister fortbilden will, darf an finanziellen Hürden scheitern oder gegenüber der gebührenfreien akademischen Ausbildung benachteiligt werden. Der Meister muss genauso kostenfrei sein wie der Master!"

Aiwanger stellte im Bayerische Ministerrat eine Bundesratsinitiative vor. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) zu ändern und für eine kostenfreie Meisterfortbildung zu sorgen. Denn im Vergleich zum weitgehend kostenfreien Hochschulstudium wird die nicht gänzlich kostenfreie berufliche Fortbildung strukturell benachteiligt. Es ist eine langjährige Forderung Aiwangers, den Meister kostenfrei zu machen. Mit dem Meisterbonus von 2.000 Euro wirkt Bayern dieser Ungleichbehandlung bereits entgegen. Notwendig ist jedoch eine bundesweit einheitliche Lösung. Schließlich belastet der Fachkräftemangel alle Bereiche der Wirtschaft zwischen Alpenrand und Nordseeküste gleichermaßen.

Aiwanger: "Die Bundesregierung ist nun am Zug, diese Ungleichbehandlung abzuschaffen. Es hat höchste Priorität, Fachkräfte weiterzubilden und sie zu befähigen, eigene Betriebe zu gründen. Qualifizierte Fachkräfte sind Dreh- und Angelpunkt für die Zukunftsfähigkeit bayerischer Betriebe. Die Teilhabe an der höherqualifizierenden Berufsbildung darf deshalb weder an persönlichen noch an finanziellen Hürden scheitern. Bayern fordert daher vom Bund ein klares Signal der

finanziellen Wertschätzung für die berufliche Fortbildung."

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 601/22